



Erwartungen der Tourismuswirtschaft an die Politik – Forderungen für die Koalitionsverhandlungen



Robert Salzl
Vorsitzender Ausschuss
Tourismus

Die Tourismuswirtschaft beschäftigt in Bayern mehr als 500.000 Menschen. Mit deutlich über 15 Mrd. Euro Umsatz ist die Tourismusindustrie damit so bedeutend wie die Automobilbranche, die Gesundheitswirtschaft oder der Maschinenbau. Andere Wirtschaftszweige, wie Handel, Handwerk oder Landwirtschaft sowie Dienstleister aller Art profitieren zusätzlich in zweiter Reihe erheblich von einer erfolgreichen Tourismuswirtschaft. Für den Erfolg spielen die von der Politik vorgegebenen Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle. Deshalb müssen jetzt bei den Koalitionsverhandlungen die dringendsten Themen berücksichtigt werden.

1) Beibehaltung der reduzierten Mehrwertsteuer bei Übernachtungen

Mit der reduzierten Mehrwertsteuer wurde die Wettbewerbssituation gegenüber den europäischen Nachbarn etwas gerechter. Als Folge wurde spürbar in die Betriebe und Mitarbeiter investiert. Das Preis-Leistungs-Verhältnis wurde verbessert. Die positiven Kommentare der Gäste sind gestiegen. Nie war Bayern bei in- wie ausländischen Gästen so beliebt wie heute. Die politische Entscheidung im Jahr 2010 war richtig und hat sich bewährt. Deshalb muss der Forderung

einzelner Parteien, diese Mehrwertsteuerreduzierung wieder rückgängig zu machen, standhaft begegnet werden.

2) Einheitliche Reduzierung der Mehrwertsteuer auch für die Gastronomie

Bei der Entscheidung für ein Urlaubsland achten Touristen auch auf die Kosten für das Essen und Trinken. In den allermeisten europäischen Ländern ist der Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie ebenfalls reduziert. Wir brauchen faire Wettbewerbsbedingungen. Der vielfach beklagten Verödung der Innenstädte und dem Wirtshaussterben ließe sich auch damit entgegen wirken, dass den Gaststätten die gleiche reduzierte Mehrwertsteuer gewährt wird, wie Fast Food Ketten und Imbiss-Buden.

3) Anpassung des Arbeitszeitgesetzes an die Lebens- und Unternehmenswirklichkeit

Im Interesse der Gäste und der Mitarbeiter muss die fixe tägliche Arbeitszeit durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit ersetzt werden, wie es die Europäische Arbeitszeitrichtlinie vorgibt. Dies erlaubt eine im Tourismus allgemein dringend nötige Flexibilisierung. Es geht nicht um mehr Arbeit, sondern um eine bessere Verteilung. Mindestruhezeiten bleiben unangetastet. Gesundheitsschutz und Jugendarbeitsschutz selbstverständlich auch.

4) Mindestlohn – die gesetzliche Regelung braucht inhaltliche Korrekturen

Tarifpolitische und wettbewerbsabhängige Gehaltsthemen sollten nicht durch Gesetz, sondern allenfalls von der Mindestlohnkommission geregelt werden. Vor allem das Gastgewerbe ist vom Mindestlohn betroffen. Die Verteuerung einfacher Arbeit kostet Jobs und führt mittelfristig zu Unternehmenspleiten.

Die Arbeitgeber-Haftung für Mindestlohnverstöße von Fremdfirmen ist praxisfremd. Die detaillierte Aufzeichnungspflicht ist zu bürokratisch und sollte reduziert werden. Lohnbestandteile, die das Einkommen erhöhen, bzw. Lebenshaltungskosten verringern („Kost und Logis“), müssen bei der Festlegung eines Mindestlohns angerechnet werden können.

5) Visavergabe vereinfachen und beschleunigen

Ohne die Sicherheit zu gefährden, könnte man über eine IT-gestützte Antragstellung die Verfahren vereinfachen und beschleunigen. Die Visavergabe für die Einreise nach Deutschland ist generell langwierig und kompliziert und führt dazu, dass Gäste z.B. aus China lieber in andere europäische Länder reisen.

6) Mobilität fördern durch Infrastrukturverbesserungen

Die Infrastruktur eines Landes und die unkomplizierte, schnelle Erreichbarkeit der verschiedenen Ziele tragen wesentlich zum Erfolg der Tourismuswirtschaft bei. Eine zeitgemäße Vernetzung aller Verkehrsträger und die Beseitigung von Engpässen zu Lande, zu Wasser und in der Luft beeinflussen die Entscheidung, welche Region von dem reisenden Gast angesteuert wird. Wegen der z.T. sehr langen Vorlaufzeiten müssen jetzt flächendeckende und standardisierte Systeme für die zunehmende E-Mobilität sowie Lande- und Startplätze, z.B. für Passagierdrohnen, vorangebracht werden.

7) Fachkräftemangel beseitigen

Ausbildende Unternehmen müssen besser und pragmatischer unterstützt werden, die Arbeitsagenturen müssen sich um branchennahe Angebote kümmern und die Politik muss Qualitätsoffensiven für Berufe

mit Personalmangel fördern. Flüchtlinge mit Bleibeperspektive können in der Tourismuswirtschaft relativ schnell Arbeit finden, wenn der bürokratische Aufwand begrenzt bleibt und die Politik für eine frühzeitige Sprachvermittlung sowie für Erleichterungen und Unterstützung beim Einstieg in die Ausbildung sorgt.

8) Sicherheit an die erste Stelle setzen

Sicherheit in einem Land ist den Reisenden besonders wichtig. Deshalb muss alles getan werden, feindliche Attacken – von wem auch immer – zu vermeiden und dagegen anzugehen, dass Ansammlungen von sich scheinbar unkontrolliert aufhaltenden oder geduldeten Gruppen von ungeklärter Herkunft und ungesetzliches Handeln (Drogen, Prostitution etc.) in der Nähe von Hotels und anderen von Touristen gerne aufgesuchten Plätzen verhindert werden.

Die hier aufgezeigten Themen und Forderungen sind nur ein Teil aus dem Forderungskatalog, den wir vom Tourismusausschuss zusammengetragen haben. Hinzu kommen der generelle Bürokratieabbau, die Förderung bei dem großen Thema Digitalisierung, eine die Unternehmen weniger belastende Energiepolitik und eine Umweltpolitik, die die Natur schont und dennoch den Freiraum lässt, vernünftige Tourismusprojekte zu fördern und Modernisierungen zu ermöglichen. Dies schließt eine Steuerpolitik mit ein, in der Start-ups genauso wie die Übergabe von Unternehmen an die nächste Generation ohne Substanzverlust unterstützt werden.

ROBERT SALZL
Vorsitzender Ausschuss
Tourismus

